

Europäische Regionalpolitik in der neuen Förderperiode 2021-2027:

Gemeinsam mit Kommunen und Regionen die Zukunft gestalten

Die Regionalpolitik ist einer der größten Politikbereiche der Europäischen Union. In der neuen Förderperiode von 2021 bis 2027 steht dafür ein Budget von über 430 Milliarden Euro bereit – ein Drittel des gesamten EU-Haushalts. Dieses Geld wird auch dringend gebraucht. Denn die großen politischen Herausforderungen können wir nur mit starken Partnern auf kommunaler und regionaler Ebene lösen. Das betrifft in besonderem Maße den Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel, aber auch die Bewältigung der Vertrauenskrise in unsere demokratischen Institutionen.

Ein Beitrag von
Niklas Nienauß

Die Europäische Union weiß, dass sie der Vielfalt ihrer Regionen nicht „aus Brüssel“ gerecht werden kann. Sie braucht starke Partner vor Ort. Sie stellt deshalb etwa mit den **Struktur- und Investitionsfonds** verschiedene Instrumente bereit, die Regionen unterstützen, ihre individuellen Herausforderungen selbst anzugehen. Lange Jahre stand die Regionalpolitik nicht gerade im Ruf, ein Innovationstreiber zu sein. In einem Politikfeld, das leider allzu oft unter dem Radar der medialen Berichterstattung läuft, fehlt der Druck für Veränderung. Auch sind die vielfältigen regionalpolitischen Instrumente der EU – oder die Zugangsmöglichkeiten – vielerorts unbekannt. Kommunen und Regionen gehen dadurch Fördermöglichkeiten verloren.

Im Laufe der letzten Jahre ist es uns gelungen, Grundlagen für eine Erneuerung zu schaffen. In langen Verhandlungen haben wir im Europäischen Parlament erfolgreich dafür gestritten, die Regionalpolitik ein Stück klimafreundlicher und bürgernäher zu gestalten. Wir konnten erfolgreich verbindliche Klimaschutzkriterien in den Förderbedingungen verankern. Klimaschädliche Projekte sind jetzt von der Förderung durch Regionalfördermittel ausgeschlossen. Umgekehrt müssen in zwei großen Fördertöpfen, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung



Foto: European Union, 2021 / Jennifer Jacquemart

Die Europäische Union fördert in Zukunft noch stärker als bisher Projekte zum Klimaschutz

(EFRE) und dem Kohäsionsfonds, mindestens 30 beziehungsweise 37 Prozent der Mittel explizit für Klimaschutzmaßnahmen ausgegeben werden. In Sachen Bürgerbeteiligung konnten wir das sogenannte Community-Led Local Development (CLLD) stärken. Projekte, die einen Bottom-up-Ansatz wählen und die lokale Bevölkerung in der Projektentwicklung und -durchführung einbeziehen, erhalten nun bis zu zehn Prozent mehr Fördermittel.

Die Klimakrise ist zweifelsohne eine globale Herausforderung. Gelöst werden kann sie aber nur in einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen, die auf kommunaler und regionaler Ebene umgesetzt werden müssen. So ist eine verlässliche Stromversorgung mit erneuerbarer Energie wesentlich dezentraler

Zum Autor:

Niklas Nienauß, MdEP, ist Mitglied im Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI) und Schattenberichterstatter für die Rahmenbedingungen für die Vergabe von Regionalfördermitteln und den Fonds für einen gerechten Übergang im Europäischen Parlament (EP).

aufgebaut als eine konventionell betriebene. Klimaneutrale Wohn- und Transportkonzepte müssen individuell auf die geografischen und sozialen Gegebenheiten vor Ort abgestimmt werden. Und die Umstellung auf klimaneutrale Wirtschaftskreisläufe wird regional sehr unterschiedliche Auswirkungen haben.

Die Regionalpolitik ist dabei in der Lage, individuell auf die spezifischen Herausforderungen der Regionen zu reagieren. Sie gibt kein Einheitsrezept aus Brüssel vor, sondern eröffnet mit ihren verschiedenen Fördertöpfen vielfältige Möglichkeiten für Projekte, Unternehmungen und Initiativen, die aus den Regionen selbst kommen. Sie macht die Europäische Union so zur Partnerin lokaler Verwaltungen, kleinerer und mittlerer Unternehmen und nicht zuletzt der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Letztere wissen oft am besten, was ihre Region braucht, wo Förderung sinnvoll und passgenau eingesetzt werden kann und einen wirklichen Mehrwert bringt.

Fördertöpfe für Stadt und Land

Nahezu alle Fördertöpfe der Europäischen Regionalpolitik machen es möglich, Klima- und Umweltschutzprojekte zu finanzieren. Besonders zu nennen ist hier etwa der bereits erwähnte Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Der EFRE gilt als klassischer Wirtschaftsförderfonds. Er hat das Ziel, regionale Ungleichheiten abzubauen, indem er sich vor allem auf Innovation, Digitalisierung und die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen konzentriert. Beispielhaft ist dafür die Unterstützung einer hessischen Firma bei der Entwicklung einer neuen Zement-Mischtechnik, dank der sich die CO₂-Emissionen bei der Herstellung von Beton senken lassen. Oder auch der Aufbau eines Online-Handels für regionale Lebensmittel im Raum Düsseldorf und Köln.

Neben klassischer Wirtschaftsförderung kann der EFRE aber noch weit mehr. So kann etwa die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude kofinanziert werden. Über den EFRE konnte aber auch ein niedersächsisches Moor wiedervernässt und für die klimaschonende Bewirtschaftung urbar gemacht werden. Auch Kultureinrichtungen und -projekte sind förderfähig. So wurde in Leipzig eine brachliegende Industriefläche zu einem öffentlichen Begegnungsraum umgewandelt. Vielerorts ergänzt sich der EFRE mit dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+), Europas wichtigstem Instrument zur Förderung von Beschäftigung und Inklusion.

Abseits der urbanen Zentren ist der Europäische Fonds für die Entwicklung ländlicher Räume (ELER) interessant. Mit ihm können Projekte in den ländlichen Räumen finanziert werden, die etwa dem Erhalt von Dorfkernen oder der wirtschaftlichen Entwicklung von ländlichen Regionen dienen. Es wurden schon Ackergräben wiedervernässt, Baudenkmäler energetisch saniert oder auch Wildrettungshügel errichtet. Leider läuft der ELER seit der aktuellen Förderperiode nicht mehr unter dem Dach der Regionalpolitik, sondern der Agrarpolitik. Dadurch können Synergien verloren gehen. Ich setze mich daher dafür ein, diese Entscheidung rückgängig zu machen.

Dieses Jahr neu hinzugekommen ist der Just Transition Fund (JTF). Als einziges sozialpolitisches Instrument des Europäischen Green Deals soll er dafür sorgen, dass auf dem Weg in ein klimaneutrales Europa niemand auf der Strecke bleibt. Der Fonds für einen gerechten Übergang, so der deutsche Name, ist ein mit 17,5 Milliarden Euro ausgestattetes Förderpaket, das vor allem in europäische Kohleregionen fließt. Mit dem Geld kann die lokale Wirtschaft umstrukturiert und diversifiziert werden. Gefördert werden können aber auch Sozial- und Kulturprojekte. So kann eine neue Zukunft aufgebaut und gleichzeitig die Regionen lebenswert gehalten werden.



Foto: oknesano / Pixabay

ten werden. Nach Polen wird Deutschland dabei der zweitgrößte Empfänger sein. Insgesamt werden rund 2,2 Milliarden Euro aus dem JTF nach Deutschland fließen.

Mir ist es ein Anliegen, bei all den verschiedenen Fördertöpfen auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu stärken. Die aktuelle COVID-19-Krise ist nur ein Beispiel dafür, dass Grenzregionen vor besonderen Herausforderungen stehen. Sie können dabei noch besser voneinander lernen und sich gemeinsam zukunftsgerichtet aufstellen. Mit dem INTERREG-Programm gibt es dafür einen eigenen Förderfonds. Aber das Potenzial ist



Foto: European Union 2019

Niklas Nienaß, der sich im Europäischen Parlament für mehr Klimaschutz, Gerechtigkeit und Bürgerbeteiligung in der europäischen Regionalpolitik stark macht, klärt regelmäßig in Webinaren über EU-Fördertöpfe für Kommunen auf

Ein deutsches Unternehmen hat mit EU-Mitteln eine neue Mischtechnik entwickelt, durch die sich die CO₂-Emissionen bei der Herstellung von Beton senken lassen

noch nicht ausgeschöpft. Ich setze mich für weitere grenzüberschreitende Mechanismen ein, beispielsweise um den Verkehr der Zukunft über Grenzen hinweg zu denken. Aber auch dafür, dass wir in Zeiten verheerender Klimakatastrophen besser über regionale und nationale Grenzen hinweg agieren können.

Bürgerbeteiligung als Basis für nachhaltige Projektfinanzierung

Bei allen Fördertöpfen gibt die Europäische Union nur die Rahmenbedingungen vor. Die Visionen und Projekte müssen aus den EU-Mitgliedstaaten und deren Regionen kommen. In Deutschland sind das die Bundesländer. Für eine nachhaltige Strukturförderung ist es dabei unverzichtbar, dass die Bürgerinnen und Bürger eine starke Stimme erhalten, und die Projekte so gestaltet sind, dass die Gelder am Ende vor allem ihnen zugutekommen.

Fördergelder dürfen nicht allein von großen Konzernen abgegriffen werden. Sie müssen in die Hände von kleinen und mittleren Unternehmen, lokalen Initiativen und Vereinen. Damit das gelingt, müssen wir Bürokratie abbauen und transparente, vereinfachte Antragsverfahren etablieren. Nicht jeder kann sich Hausjuristen oder ein teures Beratungsunternehmen leisten, das die Einwerbung von Fördermitteln übernimmt. Daher sollten die Länder und Kommunen in Erwägung ziehen, lokal einen Beratungsservice für Fördermittel, sogenannte Förderlotsen, aufzubauen. Ich habe bereits eine (Co-)Finanzierung durch die Bundesebene in die Gespräche eingebracht.

Ein Meilenstein auf dem Weg zu einer Demokratisierung der Regionalfördermittel ist mit der flächendeckenden Einführung des bereits erwähnten Community-Led Local Developments (CLLD) erreicht worden. Das Format für Bürgerbeteiligung findet sich in sämtlichen regionalpolitischen Förderfonds wieder. Kommunen können beispielsweise Bürgerbudgets einrichten und die Bevölkerung bei der Verwendung von Haushaltsmitteln einbinden. Vereine, Organisationen, kleine und mittelständische Unternehmen können sich zusammenschließen und gemeinsam etwas für ihre Region tun.

Ich bin überzeugt, dass Formate wie CLLD einen fundamentalen Beitrag leisten können, das vielerorts leider beschädigte Vertrauen in unsere demokratische Institutionen wiederherzustellen. CLLD macht Regionalpolitik greifbar und bringt Menschen über verschiedene politische Lager hinweg zusammen.



Foto: Bergisch Gladbach

Die von der Europäischen Union geförderten Projekte sollen den Menschen vor Ort zugute kommen

Vertrauen ist keine Einbahnstraße. Wenn Vertrauen in die Politik und Verwaltung wachsen soll, dann muss auch den Bürgerinnen und Bürgern mehr vertraut werden. Es muss das Zutrauen wachsen, dass sie verantwortungsvoll Entscheidungen treffen, mit Geld umgehen, ihre Region gestalten und zum Positiven verändern.

Für Kommunen und regionale Verwaltungen lohnt sich der CLLD-Ansatz gleich mehrfach: Sie profitieren von der vielfältigen Expertise der Menschen vor Ort. Sie stärken den lokalen Zusammenhalt. Sie erhalten von der EU bis zu zehn Prozent mehr Fördermittel für das jeweilige Projekt. Und sie stellen sicher, dass Geld dort ankommt, wo es wirklich gebraucht wird.

Ich zähle darauf, dass wir in den nächsten Jahren eine Reihe von innovativen Projekten sehen werden, die das Potenzial von CLLD nutzen. Für soziale Projekte, Kunst und Kultur und ganz besonders auch für den Klimaschutz. Warum nicht einmal eine „kleine Energiewende“ auf lokaler Ebene wagen? Mit Regionalfördermitteln sind bereits Mini-Wasserkraftwerke gefördert worden – und zwar in kommunalem Eigentum. Was spräche gegen Windkraftanlagen, die den Bürgerinnen und Bürgern gehören? Als Mitglied des Europäischen Parlamentes setze ich mich dafür ein, dass solche Projekte Realität werden. ■

Infos

Internetseite der Europäischen Kommission zu den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds:

🔗 https://ec.europa.eu/regional_policy/de/funding/

Verordnungen über die EU-Kohäsionspolitik für die Jahre 2021 bis 2027:

🔗 https://ec.europa.eu/regional_policy/en/news-room/news/2021/06/30-06-2021-cohesion-policy-regulation-2021-2027-published